



Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 20 03 61 | 56003 Koblenz

Ortsgemeinde Müsch
vertr. d. Hr. Ortsbgm. Udo Adriany
Sonnenstraße 8
53533 Müsch

Über Verbandsgemeindeverwaltung Adenau
z.Hd. Hr. Justen
Kirchstraße 15
53518 Adenau

**ZENTRALREFERAT
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ
KOBLENZ**
Stresemannstraße 3-5
56068 Koblenz
Dienstgebäude Neustadt
21

0261 120-0
0261 120-2503
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

07.04.2026

Mein Aktenzeichen
6131-0001#2025/0007-
0380 Ref31-AB5
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner(in)/ E-Mail
Kim Retzmann
Kim.Retzmann@sgdnord.rlp.de

Telefon/Fax
0261 120-2560
0261 120-2200

Hochwasserkatastrophe am 14./15. Juli im Ahrtal, Hangrutsch östlich von Müsch Hier: Förderfähigkeit der Sicherungsmaßnahme

Sehr geehrter Herr Adriany,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit den Starkregenereignissen und der dadurch ausgelösten Flutkatastrophe am 14./15. Juli 2021 im Ahrtal wurde der östlich von Müsch gelegene und nach Südosten ansteigende Hang am Fuß erodiert. Hierdurch kam es zu einer staffelförmigen Nachrutschung am Hangfuß. Insbesondere im Fall eines erneuten Hochwassers ist mit einem weiteren Abtrag sowie Nachrutschungen zu rechnen. Aus geotechnisch-fachlicher Sicht war daher die Erkundung der Rutschung erforderlich. Im Rahmen der durchgeführten Erkundungsmaßnahmen konnte festgestellt werden, dass sich der Hang in einem labilen Gleichgewicht befindet. Mit Hilfe verschiedener

1/4

Kernarbeitszeiten
Mo.-Fr.: 9:00-12:00 Uhr

Verkehrsanbindung
Bus ab Hauptbahnhof bzw. Bf. Stadtmitte
Linien 5-10,15,19,21,33,150,319,460,485
bis Haltestelle Rhein-Mosel-Halle

Parkmöglichkeiten
Schlossstraße, Tiefgarage Schloss
Schlossrondell / Neustadt



Messmethoden ist im Nachgang des Flutereignisses eine anhaltenden Kriechbewegung des Hanges nachgewiesen. Ohne technische Maßnahmen wird sich die Böschung weiter fortbewegen. Aus geotechnisch-fachlicher Sicht ist daher die Sicherung des Hangbereichs erforderlich.

Am 12.06.2023 beauftragte die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD Nord) daher die Taberg Ingenieure GmbH mit der Erstellung einer Gefährdungsabschätzung inkl. Ausblick auf mögliche Sicherungsvarianten.

Das vorliegende Gutachten umfasst in Abstimmung mit den beteiligten Stellen (u.a. Landesamt für Geologie und Bergbau, Obere Wasserbehörde) drei mögliche Sicherungsvarianten (Ausblick):

Variante 1 (Wasserfassung)	4.297.000,00 €
Variante 2 (Erosionsschutz der Böschung)	7.743.800,00 €
Variante 3 (Verlegung Flusslauf)	7.858.200,00 €

Das Konzept wurde der Ortsgemeinde Müsch zur weiteren Planung und späteren Bauausführung übergeben. Für die Durchführung der Maßnahme beabsichtigt die Stadt staatliche Fördermittel nach der Verwaltungsvorschrift (VV) Wiederaufbau RLP vom 23. September 2021 zu beantragen.

Die Förderfähigkeit der Maßnahme ist nach Auffassung der SGD Nord gegeben.

Die allgemeinen und speziellen Zuwendungsvoraussetzungen (Ziffer 5.3 VV Wiederaufbau RLP) sind erfüllt.

- 1) Kausalität zwischen Schaden und Flutereignis am 14./15. Juli 2021,
Ziffer 5.3.1 a) VV Wiederaufbau RLP

Der entstandene Hangrutsch bzw. die Reaktivierung der (fossilen) Rutschung ist kausal auf das Flutereignis am 14./15. Juli 2021 zurückzuführen.

Das Hochwasser konnte in dem in Rede stehenden Bereich einen sehr hohen Wasserstand und mutmaßlich sehr hohe Fließgeschwindigkeiten entwickeln. In der Folge wurden große Teile des südlichen Ufers komplett weggerissen.

2) Notwendigkeit der Wiederherstellung, Ziffer 5.3.1 a) VV Wiederaufbau RLP

Die Wiederherstellung des Hanges ist notwendig. Derzeit besteht keine dauerhafte Standsicherheit. Der Hang ist ausweislich der durchgeführten bzw. andauernden geodätischen Messungen weiterhin in Bewegung. Sollten keine Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, ist mit einer Schadensausweitung, insbesondere im Falle eines erneuten Hochwassers zu rechnen.

3) Berücksichtigung der Grundsätze einer nachhaltigen Schadensbeseitigung und eines nachhaltigen Wiederaufbaus, Ziffer 5.3.2 b) VV Wiederaufbau RLP

Die vorgesehene Maßnahme berücksichtigt die Grundsätze einer nachhaltigen Schadensbeseitigung und eines nachhaltigen Wiederaufbaus.

Für die Sicherungsbauwerke wird der maximale im Rahmen des Ahrhochwassers 2021 gemessene Wasserstand im Projektgebiet verwendet.

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen kommt es im Vergleich zum Zustand vor dem Hochwasser zu keinem Retentionsraumverlust. Im Weiteren wird das Abflussgeschehen nicht beeinträchtigt.

Hinweise:

Die vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen sind aus technischer und wirtschaftlicher Sicht nach Überzeugung der SGD Nord angemessen im Sinne der Ziffer 5.4.4 a) VV Wiederaufbau RLP. Für die nachhaltige Sicherung des Hanges kommen die vorgenannten Sicherungsmaßnahmen infrage. Eine sogenannte „Nullvariante“, d.h. den Hang einer natürlichen Entwicklung zu überlassen wurde diesseits diskutiert und im Einvernehmen mit dem LGB verworfen. Dies ist insbesondere in den zu erwartenden Schäden bei Eintreten eines erneuten Hochwassers und der dadurch bedingten weiteren Schwächung des Hangs begründet. Im Extremfall kann bei einem plötzlichen



Hangversagen auch ein Talverschluss und dadurch bedingter Wasserrückstau bis zur Ortslage Müsch nicht ausgeschlossen werden.

In Abstimmung mit dem LGB und der Oberen Wasserbehörde wird der Förderantrag der Ortsgemeinde Müsch ausdrücklich befürwortet. Wir regen an, die beantragte Förderung schnellstmöglich in beantragter Höhe zu gewähren.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Höhe der für die Wiederherstellung des Hanges erforderlich finanziellen Mittel aufgrund des aktuellen Planungsstandes sowie stark schwankender Baupreise derzeit nicht absehbar ist. Um die die Projektträgerschaft übernehmende Gemeinde nicht finanziell zu überfordern, wird daher dringend angeregt, dass im Falle von sich abzeichnenden Mehrkosten für das Projekt eine zeitnahe Entscheidung über die Bewilligung weiterer Fördergelder erfolgt.

Zum Vorliegen der Fördervoraussetzungen in diesem Fall werden das LGB sowie die SGD gerne eine Stellungnahme abgeben.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass im Zuge der Maßnahmenplanung naturschutz-, wasser-, fischerei- sowie bodenschutzrechtliche (Altlastenverdachtsfläche) Belange zu berücksichtigen sind. Die zuständigen Behörden (Obere Naturschutz-, Wasser-, Fischerei- und Bodenschutzbehörde) sind daher frühzeitig ins Verfahren einzubinden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Andreas Dederichs